



Presseschau vom 13.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Lawrow will „konkrete Antworten“: USA sollen ihr Vorgehen in Syrien klären

Moskau rechnet laut Außenminister Sergej Lawrow damit, dass Washington eine eindeutige Erklärung zu dem Vorgehen der US-geführten Koalition im Raum um den Stützpunkt at-Tanf in Syrien und an der irakisch-syrischen Grenze abgeben wird.

„Informationen und Fakten, über die unsere Militärs in Syrien verfügen, lösen viele Fragen zum Vorgehen der US-geführten Koalition in Bezug auf den Anti-IS-Kampf im Raum von at-Tanf aus, wo die Amerikaner einseitig eine mit niemandem abgestimmte Deeskalationszone ausgerufen haben“, sagte Lawrow am Donnerstag.

Ihm zufolge passierten dort merkwürdige Dinge: Plötzlich tauchen IS-Kämpfer in großen Mengen auf. Dasselbe geschehe an der irakisch-syrischen Grenze. Die Extremisten versuchten, die Offensive der syrischen Armee unter Unterstützung der russischen Luftwaffe am östlichen Euphrat-Ufer zu verhindern, so Lawrow. Wie er ergänzte, stellt Moskau Washington regelmäßig über militärische Kanäle Fragen dazu.

„Ich rechne damit, dass die Militärs als konkrete, sachliche Leute von den US-amerikanischen Partnern dieselben konkreten Antworten auf ihre Fragen bekommen werden“, unterstrich der Chefdiplomat.

Lawrow hat seinen eigenen Worten zufolge diese Frage auch beim jüngsten Telefonat mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson gestellt. Darauf soll dieser ein weiteres Mal versichert haben, dass die US-geführte Koalition das einzige Ziel verfolge,

gegen die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) zu kämpfen.

„Wenn es so ist, wird es nicht schwer sein, die Zweifel unserer Militärs auszuräumen. Ich hoffe, dass konkrete Antworten auf konkrete Fragen professionell vorgelegt werden“, so Lawrow.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor Aufnahmen des Flüchtlingslagers Rukban in dem von den USA kontrollierten Gebiet at-Tanf veröffentlicht, von wo aus laut dem russischen Militär mehrköpfige Terroristengruppen in die syrischen Sicherheitszonen „durchsickerten“. Moskau wirft den USA vor, dem IS freies Geleit in Syrien zu gewähren. Nach russischen Angaben sind auch rund 300 IS-Terroristen mit Jeeps durch das vom US-Militär kontrollierte Gelände um den Stützpunkt at-Tanf ungehindert in eine Zivilisten-Schutzzone gefahren.

de.sputniknews.com: **Russlands Botschaft: Nordkorea betrachtet Krim als russisch**

Pjöngjang hat die Halbinsel Krim als Teil Russlands anerkannt. Dies meldet am Donnerstag die russische Botschaft in Nordkorea auf ihrer Facebook-Seite.

Die Mitarbeiter der Botschaft sind dem Facebook-Post zufolge auf einen neuen nordkoreanischen Weltatlas aufmerksam geworden, auf dem die Krim in „russischen Farben“ markiert sei. Auf Anfrage habe das nordkoreanische Außenministerium bestätigt, dass dies tatsächlich die Position von Pjöngjang sei.

„Die Republik respektiert die Ergebnisse des auf der Krim stattgefundenen Referendums über die Aufnahme in den Bestand der Russischen Föderation und betrachtet diese als legitim und dem Völkerrecht völlig entsprechend“, heißt es in dem Post.

Nordkorea habe zudem seine Position bei einer Abstimmung bei der Uno offiziell bekannt gegeben. Das Land vertrete die gleiche Meinung in Bezug auf die umstrittenen Kurilen-Inseln

ukrinform.ua: **Antikorruptionsbüro ermittelt gegen Infrastrukturminister Omeljan**

Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) wirft dem Infrastrukturminister der Ukraine Wolodymyr Omeljan rechtswidrige Bereicherung vor.

Das geht aus einer Entscheidung des Bezirksgericht Solomajnskyi in Kiew vom 10. Oktober hervor. „Ein Detektiv (des Antikorruptionsbüros – Red.) beantragte beim Gericht einen vorübergehenden Zugang zu Sachen und Dokumenten“, heißt es in der Entscheidung. Dem Antrag zufolge hätte das NABU am 26. Mai 2017 eine Voruntersuchung gegen den Minister wegen rechtswidriger Bereicherung eingeleitet. Omeljan wird vorgeworfen, er wohne seit Dezember 2016 in dem 7 Millionen Hrywnja (Etwa 220.000 Euro) teuren Haus, das der Nichte zweiten Grades seiner Ehefrau gehört. Nach Angaben des Staatlichen Fiskaldienstes reiche das Einkommen der Nichte nicht für so einen teuren Kauf. Die Mutter der Nichte zweiten Grades seiner Ehefrau habe vom 23. März 2009 bis 23. März 2011 Omeljan eine Vollmacht auf die Nutzung eines Lexus RX 350 erteilt. Omeljan habe auch das Recht auf die Nutzung des Hauses und einen BMW X5 im Wert von ungefähr 1,5 Millionen Hrywnja nicht deklariert.

de.sputniknews.com: **Korruptionsskandal in Ukraine: Verteidigungsminister zu Rücktritt „bereit“**

Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak hat am Donnerstag laut Medienberichten erklärt, er sei zu einem Rücktritt bereit, sollte die Schuld seines der Korruption beschuldigten Stellvertreters bewiesen werden.

„Ich bin dazu jederzeit bereit“, sagte Poltorak vor Journalisten in Bezug auf einen möglichen Rücktritt im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal im Verteidigungsministerium nach der Präsentation eines Wohnbauprogramms für das Militär.

Am Mittwoch hatten das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine und die

Antikorruptionsstaatsanwaltschaft die Enthüllung eines Korruptionsmodells im Verteidigungsministerium verkündet, das mit dem Erwerb von Brennstoff für die Behörde zusammenhängen soll. Der Schaden werde auf 149 Millionen Griwna (5,62 Millionen US-Dollar) geschätzt. In diesem Zusammenhang sollen der Vize-Verteidigungsminister Igor Pawlowski und der Abteilungschef für Staatsankäufe und Lieferungen von materiellen Ressourcen der Behörde, Wladimir Gulewitsch, sowie andere festgenommen worden sein. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko forderte eine eingehende Ermittlung in dem Fall.

„Niemandem ist es erlaubt, von der Armee zu stehlen. Denjenigen, die von der Armee stehlen, hacke ich die Hände ab. Das ist die Haltung des Präsidenten“, warnte Poroschenko.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31783/59/317835987.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Visa verweigert: Russische Delegation durfte nicht zu Konferenz bei Uno**

Den Mitgliedern einer Delegation des russischen Verteidigungsministeriums sind US-Visa für die Teilnahme an der russisch-chinesischen Militärkonferenz in der Uno-Zentrale verweigert worden. Dies teilte der Chef der Hauptverwaltung für internationale militärische Zusammenarbeit, Alexander Jemeljanow, am Mittwoch mit.

„Die Empfangsseite hat der ganzen Delegation des Generalstabs der russischen Streitkräfte, einschließlich Generalleutnant Tretjak, keine Visa für die Einreise in die USA ausgestellt“, erklärte Jemeljanow.

Am Donnerstag fand bei der Uno ein Briefing russischer und chinesischer Militärs zur Problematik der Entfaltung des globalen THAAD-Systems statt. Jemeljanow zufolge hätte daran eine Delegation des Generalstabes der russischen Streitkräfte mit dem Generalstabschef, dem Ersten Vize-Verteidigungsminister, Generalleutnant Tretjak, an der Spitze teilnehmen sollen

de.sputniknews.com: USA zeigen sich willig: Von Konsulat entfernte russische Flaggen werden zurückgegeben

Das US-Außenministerium zeigt sich laut einem Sprecher bereit, die vom russischen Generalkonsulat in San Francisco und der Handelsvertretung in Washington entfernten Russland-Flaggen zurückzugeben.

„Wir haben der russischen Botschaft mitgeteilt, dass wir froh sind, die Flaggen wieder in den

Besitz der russischen Regierung zu bringen, wenn es passend sein wird“, zitiert RIA Novosti den Sprecher.

Russlands Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa bezeichnete die Entfernung der russischen Flaggen als feindliche Aktion der USA. Außenminister Sergej Lawrow sagte, dieses Vorgehen der USA sei unannehmbar.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass der amerikanischen Seite eine Protestnote übergeben worden sei, nachdem von den Objekten des russischen diplomatischen Eigentums in San Francisco russische Flaggen heruntergerissen worden seien.

Das US-Außenministerium bestätigte dabei gegenüber der Agentur, dass die russischen Flaggen vom Generalkonsulat in San Francisco und der Handelsvertretung in Washington entfernt worden sind. Die Flaggen befinden sich demnach innerhalb dieser Objekte. Den Grund für die Maßnahmen wollte die US-Behörde nicht kommentieren.

de.sputniknews.com: Modernisierte US-Luftabwehr für russisches Potenzial gefährlich – Moskau

Die US-Luftabwehr mit modernisierten Feuermitteln stellt eine Bedrohung für das russische Eindämpfungspotenzial dar. Dies erklärte Alexander Jemeljanow, Vertreter von Russlands Verteidigungsministerium, bei einem russisch-chinesischen Briefing in der Uno-Zentrale in den USA am Donnerstag.

„Eine solche Anzahl von Feuermitteln stellt eine Gefahr für das russische Eindämpfungspotenzial dar, insbesondere wenn man die andauernden Arbeiten zur Modernisierung von Feuerkomplexen der (US)-Luftabwehr bedenkt“, so Jemeljanow.

Mehr als 60 Flugabwehrraketen seien in Europa stationiert und rund 150 weitere als Teil des asiatisch-pazifischen Segments der US-Flugabwehr, betonte der Sprecher weiter.

„Nach unseren Einschätzungen wird die Zahl der Raketen der US-Luftabwehr bis zum Jahr 2020 mehr als 1000 betragen und damit die Zahl der Sprengköpfe übertreffen, die an russischen Interkontinentalraketen installiert sind.“

Die Aufklärungsmittel der US-Luftabwehr können zudem laut Jemeljanow nicht nur den Start russischer ballistischer Interkontinentalraketen registrieren, sondern auch Zielangaben zum Abfangen deren Sprengköpfe machen. So seien die Luftabwehrraketen „Standard 3“ in der Lage, ballistische Raketen kurz nach dem Start abzufangen.

„Die Luftabwehrraketen, Standard 3“, die 2018 stationiert werden sollen, werden imstande sein, strategische ballistische Raketen nicht nur in der mittleren und in der Endphase, sondern auch in der Startphase abzuschießen.“ Dies werde es der US-Luftabwehr ermöglichen, ballistische Raketen abzuschießen, bevor sich der Sprengkopf von der Rakete gelöst habe. Die US-Luftabwehr stelle daher auch für die internationale Raumfahrt eine Gefahr dar und behindere Vereinbarungen über die Nicht-Stationierung von Waffen im Weltraum

vormittags:

de.sputniknews.com: Mehr als 92 Prozent syrischen Territoriums vom IS befreit – Moskau

Mehr als 92 Prozent des syrischen Territoriums sind von den Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) befreit worden. Dies zeigt die Infografik von „Krasnaja Swesda“ – der offiziellen Zeitung des russischen Verteidigungsministeriums.

Nach Angaben der Infografik sind 92 Prozent des syrischen Territoriums von den Terroristen bereits befreit worden.

Zudem soll die russische Luftwaffe innerhalb einer Woche mehr als 517 Luftangriffe in Syrien geflogen und mehr als 1260 Objekte von Terrorgruppierungen vernichtet haben

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Frunse, Logwinowo und Smeloje**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: US-Außenamtssprecherin kann Grund für Entfernung von Russland-Flaggen nicht erklären

Der Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, ist nach eigenen Angaben der Grund für die Entfernung der Russland-Flaggen von den Objekten des russischen diplomatischen Eigentums nicht bekannt.

„Ich weiß es nicht“, sagte Nauert bei einer Pressekonferenz zu den anwesenden Journalisten. Bei ihrem Auftritt bei einem regulären Briefing ignorierte die US-Außenamtssprecherin zunächst alle Fragen der Journalisten zu diesem Thema. Später musste sie unter dem Druck der Presse allerdings zugeben, dass sie über keine Informationen zu den Gründen der Flaggen-Entfernung verfüge.

Zuvor hatte Russlands Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa die Entfernung der russischen Flaggen als feindliche Aktion der USA bezeichnet. Außenminister Sergej Lawrow sagte, dieses Vorgehen der USA sei unannehmbar



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31740/26/317402665.jpg>

de.sputniknews.com: **Nato-Debatte: USA drängt auf Beitritt neuer Länder**

Nach Einschätzung der US-Botschafterin bei der Nato, Kay Bailey Hutchison, wird die derzeit aus 29 Mitgliedern bestehende Organisation Zuwachs bekommen.

„Wir unterstützen die Politik der offenen Türen“, sagte sie gegenüber „The Washington Post“. Die Kandidaten für den Nato-Beitritt sollten dabei jedoch „demokratischen Standards und bestimmten militärischen Normen“ entsprechen.

Das nächste Beitrittsland, „dass diese Prüfung bestehen könnte“, sei ihrer Einschätzung nach Mazedonien. Die Botschafterin sprach dem Land Unterstützung zu.

Alle Fragen, die dem Beitritt Mazedoniens zur Nato im Weg stehen, würden bestimmt gelöst,

so Hutchison. Für Griechenland, das sich dagegen wehrt, sollte der Beitritt des Nachbarlandes hinnehmbar sein.

Der Streit zwischen Griechenland und Mazedonien um den Namen Mazedonien begann im Jahre 1991, nachdem die ehemalige jugoslawische Republik ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Griechenland besteht darauf, dass Mazedonien den Namen des Landes ändert, damit Mazedonien nicht mit der griechischen Region Makedonien verwechselt wird.

Griechenland befürchtet auch Gebietsansprüche Mazedoniens auf diese griechische Region. Deshalb besteht Athen auf den Namen „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ (unter diesem Namen wurde Mazedonien Mitglied der Uno) und blockiert den Beitritt Mazedoniens zur EU und zur Nato.

Im Juni teilte der mazedonische Ministerpräsident Zoran Zaev mit, dass das Land der Nato auch unter dem Namen „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ beizutreten bereit sei.

Armiyadnr.ru: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 35 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 16 Ortschaften der Republik mit Panzer, Mörsern, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Dutzende Tote bei Terroranschlag in Syrien

Mindestens 50 Zivilisten sind bei einem Terroranschlag der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) getötet worden, meldet Reuters unter Berufung auf den Kurdischen Roten Halbmond.

Der Anschlag ereignete sich demnach am Donnerstag nahe der Ortschaft Abu Fas, die an der Grenze zwischen den Provinzen Deir ez-Zor und Hasaka liegt.

Drei Selbstmordattentäter sollen verminte Wagen zur Explosion gebracht haben. Unter den Opfern gebe es viele Frauen und Kinder, die vor den Terroristen aus Deir ez-Zor geflohen seien.

de.sputniknews.com: **So erklärt Pentagon Truppenstationierung an polnisch-russischer Grenze**

Die USA haben nicht vor, ihre Militärpräsenz in Europa auszubauen und somit die noch geltenden Vereinbarungen zwischen der Nato und Russland zu verletzen. Dies erklärte Pentagon-Sprecher Johnny Michael gegenüber der Agentur RIA Novosti.

„Wir bevorzugen weiterhin Transparenz“, sagte Michael. Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums unterstrich, dass die Panzerbrigaden alle neun Monate auf Rotationsgrundlage im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve“ (Atlantische Entschlossenheit) getauscht werden. Das demonstriere „die Treue der USA zur kollektiven Sicherheit (...) vor dem Hintergrund der aggressiven Handlungen Russlands in der Region“.

Michael zufolge erfolgt diese Rotation der Panzerbrigaden in voller Übereinstimmung mit allen Verträgen und internationalen Verpflichtungen, einschließlich dem grundlegenden Russland-Nato-Akt. Die Zahl der in Europa stationierten landgestützten schweren US-Militärtechnik bleibe zudem unter den im Rahmen des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) festgesetzten Normen.

Die Panzerbrigade, die ihre Positionen derzeit verlassen soll, sei im Januar eingetroffen und befinde sich nun in der Phase des Abzugs von den Stationierungsorten. Zu jedem Zeitpunkt seien nicht mehr als 3500 Militärs im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve“ stationiert. Die neue Brigade aus etwa 3300 Soldaten und 1600 Armeefahrzeugen, darunter etwa 85 Panzer, solle die alte Brigade ersetzen und nicht zusätzlich entfaltet werden.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass an den Grenzen Polens und der baltischen Länder zu Russland faktisch eine ganze Division der US-Streitkräfte stationiert worden sei.

Im Hintergrund der Hysterie um eine angeblich geplante Militärintervention Russlands direkt nach den Übungen „Sapad 2017“ sei „unbemerkt“ eine zweite US-Infanteriedivision in Polen eingetroffen und habe sich dort mit ihrer Ausrüstung entfaltet. Dabei sei die Technik der dritten Infanteriedivision vor Ort geblieben, meldete der Sprecher der Behörde, Igor Konaschenkow

nachmittags:

[ukrinform.ua: Klimkin: Ukraine will die gleiche Rolle für ukrainische Sprache wie Ungarn für ungarische](#)

Das Ziel der Ukraine bestehe darin, der ukrainischen Sprache die Rolle als Staatssprache auf dem gleichen Niveau zu gewährleisten, wie in allen europäischen Ländern, wie auch in Ungarn, erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Pawlo Klimkin, in einem Interview mit dem ungarischen Fernsehen, twitterte die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Marjana Beza.

Klimkin betonte, die Ukraine habe nicht vor zu assimilieren, der ungarischen Minderheit die Identität oder die Sprache zu nehmen.

„Der offene und konstruktive Dialog über das Bildungsgesetz ist äußerst wichtig. Es ist in erster Linie über Menschen“, sagte der ukrainische Außenminister.

[de.sputniknews.com: „Stoß in den Rücken“: Ungarn droht Ukraine weiter](#)

Ungarn wird laut den Aussagen von Außenminister Péter Szijjártó die Annäherung der Ukraine an die EU weiter verhindern, bis das neue ukrainische Bildungsgesetz korrigiert wird, meldet AP.

„Wir betrachten das neue ukrainische Bildungsgesetz als einen Stoß in den Rücken unseres Landes“, sagte der ungarische Außenminister.

Er betonte dabei, dass derzeit in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn „die schwierigste Periode“ herrsche, seitdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte.

vor hatte Szijjártó gewarnt: Gegen die Ukraine könnten Sanktionen verhängt werden, falls bewiesen wird, dass das neue Bildungsgesetz gegen die Normen des Abkommens über die EU-Assoziierung mit der Ukraine verstößt. „Wir werden bis zur Rückziehung dieses Gesetzes kämpfen. Es kann keinen Kompromiss in dieser Frage geben“, sagte er.

Im September hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf angenommen, mit dem radikale Veränderungen im Bildungssystem der Ukraine erfolgen sollen. Das neue Gesetz führt ein Verbot der Bildung in jeder Sprache außer Ukrainisch ein. Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten sollen nur bis 2020 in der Grundschule bestehen bleiben. Danach soll an allen Schulen nur noch in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.

[ukrinform.ua: Klimkin reist nach Rumänien: Bildungsgesetz im Mittelpunkt des Besuchs](#)

Der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, reist am Freitag nach Rumänien.

Nach Angaben der Außenbehörde wird sich Klimkin in Bukarest mit seinem Amtskollegen, Teodor Melescanu, der Ministerin für Rumänen im Ausland Andreea Păstărnac sowie Parlamentsabgeordneten und Vertretern des Verbandes der Ukrainer in Rumänien treffen.

Am Donnerstag besuchte Klimkin Ungarn. Im Mittelpunkt seines Gesprächs mit dem ungarischen Außenminister, Peter Szijarto, war das ukrainische Bildungsgesetz

de.sputniknews.com: **„Kreuzzug gegen Russisch“: Gesetz über Sprachquoten im ukrainischen TV tritt in Kraft**

Das Gesetz, das die Dominanz der ukrainischen Sprache im Fernsehen der Ukraine festlegt, ist am Freitag in Kraft getreten.

Gemäß dem Gesetz, das der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, im Juni 2017 unterzeichnet hatte, müssen landesweite TV-Sender 75 Prozent aller Sendungen und Filme auf Ukrainisch ausstrahlen.

Bei regionalen und lokalen Sendern liege diese Zahl bei 60 Prozent. Dabei müssen alle Sendungen und Filme, die nicht in der ukrainischen Sprache seien und nicht vom Sender selbst produziert wurden, auch die aus den sowjetischen Zeiten, Untertitel auf Ukrainisch haben.

Das Gesetz reglementiert, in welchen Fällen eine nichtstaatliche Sprache verwendet werden kann. Wenn etwa in einer Sendung Moderatoren Ukrainisch sprechen, gilt sie als ukrainischsprachige, selbst wenn die Gäste andere Sprachen verwenden.

Laut der Opposition in der Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) spaltet die Sprachquote die Gesellschaft und heizt die ohnehin angespannte Atmosphäre im Land weiter an.

„Dieses Gesetz verletzt die Rechte von Millionen Ukrainern, für die Russisch Muttersprache ist“, teilte der ukrainische Fernsehsender Inter mit.

Die Vize-Sprecherin der russischen Staatsduma, Irina Jarowaja, bezeichnete das Gesetz als „totale Willkür der ukrainischen Machthaber“.

„Mit ihren Handlungen beleidigen sie die ukrainische Sprache, statt sie zu fördern, indem sie sie zu einer gewaltsamen Fron machen“, so Jarowaja.

Die Einführung der Quoten bedeute den Anfang eines „ideologischen Krieges“ der ukrainischen Eliten gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine, meint der Abgeordnete der Staatsduma von der Halbinsel Krim, Ruslan Balbek, der das neue Gesetz mit „Kreuzzügen gegen die russische Sprache“ vergleicht.

„Nachdem es den Donbass nicht zerbomben und die Krim nicht blockieren konnte, fand das ukrainische Establishment einen neuen Feind, nämlich die russischsprachige Bevölkerung“, sagte Balbek der Agentur RIA Novosti.

Für die Verletzung der Sprachquoten droht den Sendern eine Strafe: fünf Prozent der Gesamtsumme der Lizenzgebühr. Es wurde eine zwölfmonatige Übergangsperiode festgesetzt.

ukrinform.ua: Justizministerium: Ukraine wird Empfehlungen der Venedig-Kommission zum Bildungsgesetz berücksichtigen

Die Ukraine werde die Empfehlungen der Venedig-Kommission zum Bildungsgesetz berücksichtigen, erklärte die stellvertretende Justizministerin der Ukraine, Natalia Sewostjanowa, auf dem ukrainischen TV-Kanal „112.Ukraine“, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Formulierungen (der Entscheidung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über das Bildungsgesetz - Red.) sind hart, und hier hatten natürlich ihre Finger diejenigen drin, die heute keine Stimme in der Versammlung haben... Aber auf jeden Fall bin ich sicher, dass die Berufung auf die Venedig-Kommission der beste Ausweg aus dieser Situation ist, und alle ihren Empfehlungen werden von uns berücksichtigt werden“, betonte Sewostjanowa. Sie hat auch angemerkt, dass die Ukraine sogar am Schluss der Venedig-Kommission als dritter Seite interessiert.

Wie es berichtet wurde, hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats einen

Entschluss gefasst, der Empfehlungen bezüglich des Gesetzes der Ukraine „Über die Bildung“ enthält. Im Text des Beschlusses wird gebeten, alle Empfehlungen „ausnahmslos“ zu berücksichtigen, die von der Venedig-Kommission gegeben werden.

de.sputniknews.com: Ex-Botschafter Kisljak zu US-Raketenabwehr: Moskau wird sich in jedem Fall schützen

Die Entwicklung der US-Raketenabwehr gefährdet laut dem ehemaligen Botschafter in Washington und jetzigen Vize-Leiter des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (russisches Oberhaus), Sergej Kisljak, russische Abschreckungssysteme. Moskau könne seine Sicherheit jedoch auf jeden Fall gewährleisten.

Diese Pläne haben uns nicht überrascht. Seit Beginn der Entwicklung der Raketenabwehrsysteme durch die USA haben wir davon gesprochen, dass ihr Potential die russischen Eindämmungssysteme und somit die Sicherheit bedrohen wird“, sagte Kisljak. Vor diesem Hintergrund äußerte er Bedauern angesichts der Tatsache, dass Washington diese Situation mit Moskau erst gar nicht erörtern wollte. „Schade, dass die USA nicht auf ein ernsthaftes Gespräch mit uns eingehen. Schauen wir mal, wie sich diese Situation weiter entwickeln wird“, so der Ex-Botschafter.

Zugleich betonte er, dass Russland „alle Kraft und Möglichkeiten hat, um bei jedem möglichen Ereignisablauf die Sicherheit des Landes verlässlich zu gewährleisten“. Moskau setze seinerseits, so Kisljak ferner, alle Bestimmungen des INF-Vertrags (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) um.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

In der letzten Woche wurden Maßnahmen zur Erhöhung der professionellen Fertigkeiten der Soldaten der Streitkräfte der DVR bei Verteidigungsaktionen auf der Ebene der Einheiten durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden **35 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden 16 Panzergeschosse, 19 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 26 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner auf das Gebiet von **Nowolaspa** 34 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Ebenfalls wurde mit Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen auf das Gebiet von **Kominternowo** geschossen.

In Richtung Gorlowka wurden **Sajzewo und Schirokaja Balka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 240 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt und 718 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **25 Ortschaften der Republik** beschossen, in vier von diesen wurden 13 Häuser beschädigt.

In der Folge eines Beschusses von Sajzewo **starb der friedliche Einwohner Wiktor Anatoljewitsch Dygaj**.

Bei der Verteidigung der Republik **starben zwei Soldaten der Streitkräfte der DVR, zwei wurden verletzt**.

Terror gegen das Volk des Donbass ist die Hauptwaffe der ukrainischen Straftruppen. Zur Leitung des Artillerieschusses verwenden die ukrainischen Soldaten **Drohnen**, außerdem werden immer öfter Fälle festgestellt, wo **auf diesen auf handwerkliche Weise verschiedene**

Geschosse angebracht werden. In der letzten Woche haben Soldaten der Streitkräfte der DVR mit Schusswaffen zwei solche Drohnen vom Typ „Leleka“ und „Phantom-4“ abgeschossen. Die „Leleka“ detonierte nach einem Treffer mit einer Schusswaffe in der Luft, was davon zeugt, dass sie mit explosiver Munition beladen war.

Wir stellen Ihnen hier einen Quadrokopter „Phantom-4“ vor, der von unseren Soldaten abgeschossen wurde. Die Drohne trug eine Kampfplast, Beweis dafür ist das zurückgebliebene Fragment eines standardisierten Zünders einer Handgranate, der am Korpus des Quadrokopters befestigt war.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verlagert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie:

5 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

6 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

21 Panzer.

Das Fehlen von schweren Waffen an den Lagerorten wird auch täglich in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten:

2 Abwehrraketengeschützkomplexe „Tunguska“;

12 152mm-Haubitzen „Msta-B“;

44 152mm-Geschütze „Giazint-B“;

18 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

28 152mm-Haubitzengeschütze D-20;

12 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

20 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“.

Insgesamt wurde in der letzten Woche das Fehlen von 168 Stück schweren Waffen festgestellt.

In ukrainischen Informationsressourcen werden seit Anfang des Genozids am Volk des Donbass durch die ukrainischen Streitkräfte Hunderte von Aufrufen von Freiwilligenorganisationen zur Sammlung von Geld zur Unterstützung der Teilnehmer der sogenannten ATO, insbesondere von Freiwilligenbataillonen der Nationalisten, veröffentlicht. Aber trotz der enormen Mittel, die aus verschiedenen Quellen, die an der Formierung der Freiwilligenbataillone bereits seit Beginn des Kriegs beteiligt sind, bereitgestellt werden, erhalten wir immer öfter Informationen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und von Kämpfern nationalistischer Formationen über den katastrophalen Mangel an warmer Kleidung, Lebensmitteln und Medikamenten.

Am Krieg in der Ukraine bereichert sich jetzt nicht nur ein Faulpelz. Hunderte von Freiwilligenorganisationen haben ganze Vermögen verdient, Gelder über karitative Fonds gewaschen und einfach die Bevölkerung auf der Straße betrogen. Aber am meisten leidet in der Folge von Plünderungen die friedliche Bevölkerung der Territorien des Donbass, die von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert werden. Die Kämpfer der Freiwilligenbataillone haben sich niemals durch Anstand oder Humanität ausgezeichnet. Und im Fall eines Mangels an Lebensmitteln nehmen sie einfach alle ihnen nötigen Dinge von der örtlichen Bevölkerung. Und dort, wo bei den Einwohnern schon nichts mehr zu holen ist, stehlen die Nationalisten bei den nächsten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Solche Raubzüge sind oft die Ursache von Gefechten zwischen den Besatzern.

Der **Konflikt zwischen den ukrainischen Streitkräften und den Nationalisten** verschärft die ohnehin angespannte Situation an der Kontaktlinie. Allein in der letzten Woche wurden drei Gefechte zwischen nationalistischen Bataillonen und Einheiten der ukrainischen Streitkräften festgestellt. Die Führung des Stabs der ATO verheimlicht solche Vorfälle sorgfältig. Beide Konfliktseiten erleiden erhebliche Verluste, die das Kommando als Ergebnis von Beschüssen von Seiten der Streitkräfte der DVR darstellt.

Nach einer Erklärung des Sprechers des Verteidigungsministeriums der Ukraine zu Fragen der ATO Motusjanik werden **im Vorfeld des Tages des Verteidigers der Ukraine alle**

militärischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde der Ukraine, die Aufgaben in der ATO-Zone erfüllen, verstärkt werden. Motusjanik fügte hinzu, dass geplant ist, sowohl Beobachtungsposten als auch Gruppen zur operative Reaktion für den Fall von Provokationen der „Kämpfer“ zu verstärken. Unter Kämpfern verstand er nicht nur die Soldaten der DVR, sondern in erster Linie die Kämpfer des „Rechten Sektors“ und anderer nationalistischer Formationen. Außer dem Tag des Verteidigers der Ukraine ist der 14. Oktober auch der Tag der Gründung der UPA, im Zusammenhang damit bereitet sich das Kommando der ATO auf Provokationen von Seiten nicht kontrollierter Nationalisten vor. Neben zahlreichen inoffiziellen Verlusten durch Kämpfe zwischen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und Kämpfern der nationalistischen Einheiten in der Folge von Provokationen und innerer Fehden gibt es nicht kampfbedingte Verluste, deren Zahl nicht hinter den kampfbedingten zurücksteht und 60% ausmacht. Die Zahl der Soldaten, die schwere Verletzungen in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit Waffen und Munition und der Verletzung von elementaren Sicherheitsvorschriften bei der Arbeit mit der Technik im betrunkenen Zustand erlitten haben, wächst.

Im Land ist bereits eine kritische Situation entstanden, die Krankenhäuser in Charkow, Odessa und Dnjepropetrowsk sind überfüllt, Es ist ein katastrophaler Mangel an Medikamenten festzustellen. Von Freiwilligenorganisationen wie den „Barmherzigen Schwestern“ werden in den sozialen Netzen täglich immer neue und neue Mitteilungen über die beklagenswerte Lage der Dinge in den medizinischen Einrichtungen und Bitten um finanzielle Unterstützung veröffentlicht. Gleichzeitig versichert das offizielle Kiew der Öffentlichkeit, dass es den Soldaten an nichts mangelt.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Fälle festgestellt, wo für ein Umgehen des Dienstes in der Zone der sogenannten ATO agitiert wurde. **Im Donbass verletzte „Veteranen“ zeigen im Internet ihre Verletzungen und rufen die Soldaten offen auf, sich vor dem Militärdienst zu drücken.** „Kriegshelden“ beschuldigen auch die Kiewer Führung des Verstoßes gegen alle ihnen gegebenen Versprechen bezüglich sozialer und finanzieller Unterstützung von ATO-Teilnehmern. **Mütter von umgekommenen und verletzten Soldaten gründen Komitees, organisieren Mahnwachen und Kundgebungen an den Militärkommissariaten.**

Die Soldaten sind zu allen Tricks bereit, um den Dienste in der ATO-Zone zu vermeiden. Seit dem Anfang des Kriegs hat diese Tendenz nicht nur ein Dutzend Militärkommissare und Mitglieder von militärmedizinischen Kommissionen bereichert. Die Soldaten, die trotzdem in die ATO-Zone gelangt sind, sind durch die Willkür von Seiten der Staates und die völlige Gesetzlosigkeit der Kommandeure vor Ort schockiert und tun alles ihnen Mögliche, nur um nicht in der bestialischen Situation zu verfaulen, in die Kiew seine Soldaten treibt.

Allein aus der 28. mechanisierten Brigade sind in der letzten Woche zwei Soldaten desertiert. Nach uns vorliegenden Informationen ging der Feldwebel Alexejuk am 8. Oktober fort und kehrte nicht zurück und nach zwei Tagen wurde er in Iwanpol, Oblast Schitomir, festgenommen, von wo er stammt. Am 11. Oktober verläßt der Soldat Morosowskij, der Dienst hatte, seinen Posten mit der Waffe, nach ihm wird bis jetzt gefahndet. Nach Informationen, die wir von Soldaten der 28. Brigade erhalten haben, hat Morowoskij mehrfach Anträge auf Entlassung gestellt, die das Kommando der Brigade mit Bezug auf den Personalmangel der Einheiten als nicht zielführend qualifiziert hat. Und tatsächlich beträgt die Personalausstattung der 28. mechanisierten Brigade kaum mehr als 50%, wofür das Brigadekommando mit dem Entzug von Prämien und Zuschlägen bestraft wird. Wegen des Personalmangels ist das Brigadekommando gezwungen, eingefleischte Asoziale in seine Reihen aufzunehmen. Nach kurzer Zeit begreifen die Rekruten, dass man sie unter keinen Umständen entlassen wird und versuchen ihren grauen Alltag durch üppigen Alkohol- und Drogengenuss zu verschönern.

Immer mehr ukrainische Soldaten erkennen die gesamte Sinnlosigkeit und Ungerechtigkeit

dieses brudermörderischen Kriegs. Tausende von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sind von der von Kiew betriebenen Politik enttäuscht und begreifen, dass die von ihrem Staat betrogen und im Stich gelassen wurden.

Ich wende mich an die Soldaten und Offiziere der ukrainischen Streitkräfte: Ihr kämpft nicht gegen die Richtigen! Euer wirklicher Feind ist in Kiew. Genau dort sitzen die Menschen, die Tausende von Leben vernichtet haben, um ihre Taschen zu füllen. Notwendig ist, sie zu verjagen und ein friedliches, ruhiges Leben zu beginnen und dabei das Recht der Einwohner des Donbass auf ihre Wahl und ihre Zukunft zu respektieren.

de.sputniknews.com: Russische Software: Kaspersky Lab bleibt in USA - und ändert Strategie
Der Software-Hersteller Kaspersky Lab wird seine Lösungen im Bereich der Cybersicherheit weiterhin amerikanischen Konsumenten anbieten. Damit reagierte das Unternehmen auf Berichte darüber, dass ein weiterer Händler in den USA auf den Verkauf seiner Antiviren-Software verzichtet hat.

Zuvor hatte Bloomberg berichtet, dass der US-Einzelhandelskonzern für Bürobedarf „Staples“ keine Antiviren-Programme von Kaspersky Lab mehr verkaufen werde. Das entsprechende Programm sei von der Internet-Seite des Unternehmens gelöscht worden, am Donnerstag hätten alle Geschäfte des Händlers den Verkauf der Kaspersky-Software gestoppt. „Kaspersky Lab wird US-Konsumenten weiterhin seine Lösungen im Bereich der Cybersicherheit über seine Webseite sowie über andere Einzelhändler anbieten“, teilte das Unternehmen gegenüber der Agentur RIA Novosti mit.

Zuvor hatte Evgenij Kaspersky erklärt, dass der US-Markt von strategischer Bedeutung sei, weswegen sein Unternehmen ihn nur wegen des Verbots für die Nutzung von Kaspersky-Software in Staatsbehörden des Landes nicht verlassen werde. Stattdessen werde der Konzern seine Entwicklungsstrategie in den USA revidieren.

Mit rund 400 Millionen Privatkunden und 270.000 Unternehmenskunden gilt Kaspersky Lab als einer der führenden Anbieter von Antivirus-Software der Welt.

Im September hatte die US-Regierung den Einsatz von Kaspersky-Software in Computern des Bundes untersagt. Begründet wurde die Entscheidung mit dem Verdacht, dass der Software-Hersteller eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen könnte. Das Unternehmen weist die Vorwürfe zurück

de.sputniknews.com: Kreml reagiert auf Austritt der USA aus UNESCO

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat Washingtons Entscheidung, seine Mitgliedschaft bei der Kultur- und Bildungsorganisation der Vereinten Nationen, UNESCO, zu beenden, als traurige Nachricht bezeichnet.

„Das ist eine traurige Nachricht“, sagte Peskow zu Journalisten in Moskau.

Aus Sicht der Sonderbotschafterin des russischen Außenministeriums, Eleonora Mitrofanowa, wird diese Entscheidung von US-Präsident Donald Trump die Arbeit der Organisation nicht beeinträchtigen.

„Es macht nichts, es wird für die UNESCO in Wirklichkeit einfacher, ohne sie zu arbeiten. Sie haben in den letzten Jahren keinen Nutzen gebracht“, betonte sie.

Aus Sicht des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), Konstantin Kossatschow, haben die USA mit dem Austritt aus der UNESCO das Verhalten eines Geächteten demonstriert.

Seine Entscheidung hatte Washington mit der Notwendigkeit einer Reform bei der UNESCO sowie „andauernden antiisraelischen Tendenzen“ begründet. Die USA wollen jedoch als externer Beobachter weiter mit der Organisation zusammenarbeiten. Der UNESCO-Chef hat laut AFP bereits „tiefes Bedauern“ in Bezug auf den Austritt der USA aus der Organisation geäußert.

Nach der Bekanntgabe der Entscheidung hatte auch der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu das Außenministerium angewiesen, den Austritt des Landes aus der UNESCO vorzubereiten.

ukrinform.ua: Weltbank spricht sich für Bodenreform in Ukraine aus

Der Vizepräsident der Weltbank, Cyril Muller, hat in einem Gespräch mit dem ukrainischen Finanzminister, Olexandr Danyljuk, die Notwendigkeit einer Bodenreform für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine betont.

Das meldet das Finanzministerium der Ukraine. Muller habe die Wichtigkeit der begonnenen Reformen in der Ukraine und die Wichtigkeit der Bodenreform für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterstrichen, heißt es in der Meldung. Muller und Danyljuk trafen sich am 12. Oktober in Washington. Im Mittelpunkt des Treffens waren die Umsetzung der Reformen und die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Weltbank. Sie brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Weltbank weiter ein zuverlässiger Partner der Ukraine bleiben wird. Die Teilnahme der Bank am Prozess der Wirtschaftsreformen sei sehr wichtig, sagte der Finanzminister.

Die Gesprächspartner betonten, dass es Dutzende gemeinsame Projekte gibt, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zum Erfahrungsaustausch und zur Stärkung des ukrainischen Finanzsystems beitragen.

de.sputniknews.com: USA liefern Ukraine zu wenig Kohle

Die Ukraine hat nur noch 1,5 Millionen Tonnen Anthrazitkohle in ihren Lagern speichern können, was halb so viel ist wie für die Winterperiode benötigt wird. Dies teilte der Chef der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter, Mykhailo Volynets, am Freitag mit.

„Heute haben wir 1,5 Millionen Tonnen Kohle in den Heißwerk- und Fernheizkraftwerk-Lagern anstelle von drei Millionen geplant“, schrieb Volynets auf seiner Facebook-Seite. Ihm zufolge bekam das Land weniger Kohle aus den USA als erwartet. „Gestern kam das zweite Schiff mit Anthrazitkohle aus den USA an. Das erste sollte, so war es vorgesehen, 80.000 Tonnen liefern. Stattdessen kamen 62.000 Tonnen an. Das zweite Schiff lieferte ebenfalls 62.000 Tonnen“, beklagt sich Volynets...

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen, **Wochenrückblick**)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **66 Mal** das Regime der Feuersstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, Mörsern des Kalibers 82 und 120mm, Granatwerfern verschiedener Art, Schützenpanzer, Abwehrgeschützen und Schusswaffen.

Insgesamt wurden 676 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Im Vergleich mit der letzten Woche hat sich die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 1 erhöht, aber in Bezug auf die Geschosse hat sich die Intensität mehr als verdoppelt.

In der letzten Woche wurden folgende Ortschaften von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen: **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Almasnaja, Perwomajsk, Sokolniki, Shelobok, Slawjanoserbsk, Sholtoje, Krasnyj Liman, Smeloje, Frunse, Prischib, Dolgoje, Snamenka, Pachalewka, das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant Drapatyj, der

Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Shakun. In der letzten Woche haben technische Einheiten die Straße im Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 2 Perwomajsk-Solotoje und das umliegende Gebiet auf nicht detonierte Minen und andere Munition untersucht.

Auf diese Weise ist der Abschnitt bereit für die geplante Öffnung eines Passierpunkts. Die Volksmiliz hat ein weiteres Mal ihre Entschlossenheit und Bereitschaft zur Erfüllung aller von der LVR übernommenen Verpflichtungen nach den Minsker Vereinbarungen demonstriert. Der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexandr Hug hat das zielgerichtete Bestreben des Kommandos und der Soldaten der Volksmiliz der LVR, die Sicherheit der Zivilbevölkerung und der internationalen OSZE-Beobachter zu gewährleisten, hoch eingeschätzt.

In der letzten Woche wurde in den OSZE-Bericht das Fehlen folgender Waffen der ukrainischen Streitkräfte registriert: 12 152mm-Haubitzen 2S19 „Msta-C“, 12 152mm-Haubitzen 2A65 „Msta-B“; 22 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“, 12 85mm Antipanzergeschützen D-48; ein Abwehrraketensystem 9K33 „Osa“.

Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird schon lange Zeit registriert, aber Reaktionen von Seiten der ukrainischen Regierung auf diese Verstöße gibt es nicht. Nach uns vorliegenden Informationen wird die Mehrzahl dieser Waffen von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bei den Beschüssen des Territoriums unserer Republik verwendet.

Diese Fakten bestätigen den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen.

Wir stellen weiter eine Konzentration von Kräften und Mitteln der ukrainischen Truppen in der Nähe der Kontaktlinie fest, was deutlich auf die fehlende Bereitschaft der Kiewer Regierung hinweist, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen.

In den letzten paar Tagen hat die Aufklärung der LVR die Lieferung von Material auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Unter anderem sind bei den Positionen der Kiewer Truppen in den Gebieten von Sisoje, Nowotoschkowskoje, Solotoje, Swetlodarsk sechs Fahrzeuge eingetroffen. Außerdem haben Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Arbeiten zur technischen Ausstattung der Positionen in den Gebieten von Sholtoje, Katerinowka und Rassadki durchgeführt.

Dies zeugt davon, dass der Gegner die Vorbereitung zur Wiederaufnahme der Aggression gegen die LVR fortführt.

Von einer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ wurde bekannt, dass vom 14. bis 17. Oktober Kommandostabsübungen mit der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte stattfinden.

Diese Maßnahme ist genau dann geplant, wenn die Soldaten am 14. Oktober den sogenannten „Tag des Verteidigers der Ukraine“ feiern. Es ist nicht schwer zu erraten, dass die Kommandostabsübungen geplant sind, um die Soldaten von allgemeiner Trunkenheit und Prügeleien abzuhalten.

de.sputniknews.com: Kreml lehnt Entschädigung der Ukraine für Krim ab
Der Kreml hat die Idee einer Entschädigung der Ukraine für die Abspaltung der Krim abgelehnt. Laut Pressesprecher Dmitri Peskow war der jüngste Beitritt der Schwarzmeerhalbinsel zu Russland keinerlei Annexion, sondern durchaus rechtmäßig.

Am Dienstag hatte der tschechische Präsident Miloš Zeman die Ukraine aufgerufen, sich mit dem Verlust der Krim als vollendete Tatsache abzufinden, sich jedoch von Russland entschädigen zu lassen.

Es habe keine Krim-Annexion gegeben, „weder de facto noch de jure“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag. „Denn es war der Oberste Rat, das legitime Organ der Krim also, gewesen, der den Austritt aus der Ukraine beschlossen hatte, und zwar vor dem Hintergrund des Umsturzes (in Kiew – Red.) und der mit diesem Umsturz einhergehenden

extremistischen Bedrohung.“

Erst danach habe die Russische Föderation die Halbinsel aufgenommen. „Deshalb kann von keiner Entschädigung die Rede sein.“

Russland hoffe, dass die Ukraine die Entscheidung der Krim-Bevölkerung doch noch anerkennen und damit eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland möglich machen werde, betonte Peskow...

de.sputniknews.com: **Zum UPA-Tag: Nationalisten werden mit Bussen nach Kiew gebracht – Medien**

Nationalisten aus allen Ecken des Landes werden sich am Gründungstag der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA), der mit dem Tag des Vaterlandsverteidigers (14. Oktober) zusammenfällt, in Kiew zusammenfinden. Dies meldet die ukrainische Zeitung „Strana.ua“ am Freitag.

Demnach sollen an der Demo Aktivisten der Partei Rechter Sektor und Mitglieder der nationalistischen Swoboda-Partei teilnehmen. Tausende Anhänger rechtsextremer Vereinigungen werden laut der Zeitung „die Erinnerung an die ukrainischen Soldaten in Ehren halten“.

Alle, die an der Demonstration teilnehmen möchten, sollen „mit Bussen aus Saporoschje, Lwow, Cherson, Dnepr und anderen ukrainischen Städten gebracht werden“.

Die Ukrainische Aufständische Armee war eine ukrainische Partisanenarmee, die im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine an der Seite der Wehrmacht gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft hatte. Befehligt wurde die UPA von Roman Schuchewytsch und Stepan Bandera.

Im April 2015 hatte das ukrainische Parlament (Rada) in einem Gesetz die ehemaligen Mitglieder von UPA als Unabhängigkeitskämpfer eingestuft und der UPA gesetzlich weite Sozialprivilegien gewährt. Einige Experten sprachen damals von einer Heroisierung von Nazi-Kollaborateuren.

Abends:

Lug-info.com: Der Außenminister der LVR, der bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego schließt nicht aus, dass die ukrainische Seite den weiteren Versuch zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja am 18. Oktober wieder zum Scheitern bringen wird.

„Bis heute sind außer heißer Luft von der ukrainischen Seite in diesem Bereich nichts zu hören“, erklärte Dejnego.

„Wir hatten mehr als 70 Mal die Möglichkeit, die Kräfte und Mittel zu trennen. Sie haben diese Möglichkeit nicht genutzt. Sie reden ständig über irgendwelche möglichen Beschüsse, und nur, wenn es solche Beschüsse nicht gibt, dann könnte es sein und so weiter und so fort“, teilte der Vertreter der LVR mit.

„Über solche aus den Fingern gesaugten Beschüsse zu reden, ist für sie eine normale Praxis. Jedes Mal, wenn sie ein neues Datum nennen, wissen sie sehr gut, dass sie ein bis zwei Tage vor diesem neuen Datum einen neuen Beschluss zusammenphantasieren, der sie daran hindert abzuziehen“, sagte er.

Dejnego erklärte, dass die ukrainische Seite nicht später als 24 Stunden vorher die OSZE-Mission über die Absicht mit der Trennung von Kräften und Mitteln informieren muss, was Kiew im Fall des Abschnitts bei Staniza Luganskaja noch „kein einziges Mal getan hat“.

de.sputniknews.com: "Poroschenko stinksauer": Erstes Schiff unter Krimbrückenbögen – eines aus Ukraine

Die ersten Frachtschiffe konnten unter den beiden neugebauten Bögen der Krimbrücke, die das russische Festland und die Halbinsel Krim verbinden wird, hindurchfahren. Auf Aufnahmen des Informationszentrums „Krymskij most“ ist zu sehen, dass das erste Schiff ausgerechnet aus einem ukrainischen Hafen gekommen ist.

Der Gutfrachter „Lady Leyla“, der aus der ukrainischen Hafenstadt Mariupol seinen Kurs in das Schwarze Meer und weiter in Richtung des israelischen Haifa nahm, hat als erstes Schiff beide Bögen der Krimbrücke passiert.

Das Video der Unterquerung wurde vom Informationszentrum „Krymskij most“ (Krim-Brücke) veröffentlicht.

Die Ingenieure der Krimbrücke (auch Kertsch-Brücke genannt) haben die Errichtung des Doppelbogens der Brücke am 13. Oktober um 12 Uhr Moskauer Zeit abgeschlossen und lagen damit etwa 18 Stunden vor dem Zeitplan.

So wurden für die Schleppfahrt, das Anheben und die Aufstellung des gesamten Abschnittes nur 54 Stunden statt der veranschlagten 72 gebraucht.

Der aufgestellte Brückenabschnitt ist für den Autoverkehr gedacht – allein seine Konstruktion wiegt 5500 Tonnen.

Nachdem der Brückenteil sicher auf den Stützen angebracht worden war, wurde der Schiffsverkehr umgehend wieder komplett freigegeben.

Während des Transports und der Aufstellung des Doppelbogens musste der Verkehr zunächst eingeschränkt werden, um die Sicherheit der Schiffe sowie der Bauarbeiter auf dem Abschnitt nicht zu gefährden.

Das Passieren des Brückenbogens ausgerechnet durch einen Frachter aus einem ukrainischen Hafen dürfte dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko erheblich missfallen – nicht zuletzt, weil Kiew in Betracht zog, Moskau wegen einer angeblichen „Seeblockade“ der ukrainischen Häfen (darunter von Mariupol) zu verklagen.

Mit der „Blockade“ waren hierbei angebliche Einschränkungen bei der Unterquerung der Brücke durch schwere Frachtschiffe gemeint.

Zuvor hatten allerdings selbst westliche Medien die Behauptungen Kiews widerlegt, dass der Schiffsverkehr von schweren Containerschiffen unter der Brücke unmöglich sein würde.

Die Brücke, die die direkte Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen Russland und der Halbinsel Krim ermöglichen wird, soll auch den reibungslosen Schiffsverkehr zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meer gewährleisten.

Mit einer geplanten Länge von 19 Kilometern gilt die Brücke als eines der schwierigsten Bauprojekte Russlands. Geplant ist, die Brücke Ende Dezember 2018 für den Autoverkehr und 2019 für den Eisenbahnverkehr freizugeben.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/AvvGwgfXH60" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/AvvGwgfXH60>